

Redemanuskript Cornelia Füllkrug-Weitzel

Bilanz-Pressekonferenz 29. August 2019 - es gilt das gesprochene Wort

Wir begrüßen Sie herzlich zur Bilanz-Pressekonferenz der Diakonie Katastrophenhilfe. Vielen Dank für Ihr Interesse.

Die Vorstellung unseres Jahresberichts nehmen wir zum Anlass, noch einmal auf das vergangene Jahr zurück zu schauen und Ihnen die wichtigsten Zahlen zur Arbeit der Diakonie Katastrophenhilfe und ihrer Partnerorganisationen weltweit vorzustellen. Wir werden den Blick aber auch auf die größten und drängendsten aktuellen Probleme in der Humanitären Hilfe werfen.

Einnahmen und Ausgaben

Die Diakonie Katastrophenhilfe hat 2018 23,6 Millionen Euro Spenden eingenommen, ein Rückgang von 3,6 Millionen oder 13 Prozent gegenüber 2017 (27,2 Millionen). Der Rückgang der Spenden ist vor allem auf die schwere Hungerkrise in Ostafrika zurückzuführen, für die wir 2017 außerordentlich viele Zuwendungen von Spenderinnen und Spendern erhalten haben.

Die meisten Spenden haben wir 2018 für die Erdbeben- und Tsunami-Katastrophen in Indonesien erhalten, insgesamt 5,6 Millionen Euro. Indonesien ist im vergangenen Jahr von mehreren Naturkatastrophen getroffen worden, besonders schwer waren das Erdbeben und der anschließende Tsunami auf der Insel Sulawesi Ende September. Für unsere Arbeit nach Taifun Mangkhut, der im September über die Philippinen hinweggefegt ist, haben wir mehr als 2 Millionen Euro bekommen.

Auch bei den zweckungebundenen Spenden mussten wir einen Rückgang um etwa 1,5 Millionen Euro hinnehmen. Das wiederum ist ebenso auf 2017 zurückzuführen, wo wir mit 12,7 Millionen Euro so viele zweckfreie Spenden erhalten haben, wie noch nie zuvor in der Geschichte der Diakonie Katastrophenhilfe. Diese zweckfreien Spenden, die nicht an bestimmte Katastrophen oder Länder gebunden sind, sind deshalb so wichtig, weil sie es uns ermöglichen, flexibel auf Krisen zu reagieren, die gerade nicht im Fokus der öffentlichen Berichterstattung liegen.

Für das Vertrauen in unsere Arbeit und das trotzdem gute Spendenergebnis möchte ich allen Spenderinnen und Spendern danken – vor allem im Namen der Menschen, die wir zusammen mit unseren lokalen Partnern unterstützen konnten.

Dem Rückgang der Spendeneinnahmen steht eine fast gleich gebliebene Summe öffentlicher Drittmittel gegenüber. Vom Bundesentwicklungsministerium, dem Auswärtigen Amt und der Europäischen Union haben wir insgesamt gut 17 Millionen Euro erhalten.

Die Gesamteinnahmen der Diakonie Katastrophenhilfe lagen mit 47,8 Millionen Euro 13 Prozent unter dem Vorjahresniveau (54,9 Millionen Euro) – auch diese Zahl ist vor allem auf die sehr hohen Spendeneinnahmen in 2017 zurückzuführen.

Die Diakonie Katastrophenhilfe hat im vergangenen Jahr insgesamt 209 Projekte in 41 Ländern durchgeführt und dafür 37 Millionen Euro bereitgestellt. Die meisten Mittel sind in die vom Syrien-Krieg betroffenen Länder geflossen (6,5 Mio. Euro), neben Syrien auch die Nachbarländer Jordanien, Libanon und Türkei. Daneben waren Irak (3,1 Mio. Euro), Südsudan (3,7 Mio. Euro) und die Demokratische Republik Kongo (3,3 Mio. Euro) die Länder mit den größten Projektausgaben.

Mosambik

Afrika und Asien sind weiterhin die Fokus-Regionen unserer Arbeit. Während die DR Kongo, Somalia und Südsudan schon in den vergangenen Jahren Länder mit großen Hilfsprojekten waren, ist durch den verheerenden Wirbelsturm Idai in diesem Jahr Mosambik dazu gekommen. Die Auswirkungen des Sturms und wochenlange Regenfälle haben einen beträchtlichen Teil des ohnehin sehr armen Landes überschwemmt und fast 1.000 Todesopfer gefordert. In den Monaten danach ging es im Wesentlichen erst einmal um Überlebenshilfe: Verteilung von Essen und Saatgut für Gemüse und Gesundheitsprävention: Versorgung mit Hygiene-Artikeln und Aufklärungskampagnen über Schutzmaßnahmen gegen lebensgefährliche Krankheiten wie der Cholera. Sechs Monate später ist nun wichtig, die Menschen vor der kommenden Regenzeit mit Wiederaufbau-Hilfen ‚ins Trockene‘ zu bringen und sie durch weitere Verteilungen von Saatgut vor einer Hungerkrise zu bewahren. Die erste Hilfe darf nie die zur Verfügung gestellten Mittel weitgehend aufbrauchen, weil nur eine nachhaltige Stabilisierung der Lebensverhältnisse (inkl. Prävention) mit Maßnahmen während und nach der Katastrophe die Menschen vor einer Chronifizierung von Krisen bewahren kann. Die hohen Spendeneinnahmen helfen uns, das möglich zu machen.

Krankheit, Krieg, Hunger

In **Mosambik** beobachten wir einen Zusammenhang, der auch in vielen anderen Krisenherden der Welt besteht: nämlich den Zusammenhang von Hunger und Krankheit. Menschen, die schon vorher nicht genügend zu essen haben, sind geschwächt und dadurch sehr viel anfälliger für Krankheiten. Sie können sich dann rasend schnell und Epidemie artig in Katastrophengebieten verbreiten. Besonders dramatisch ist dies auch in Kriegsgebieten. Ausbruch und Verbreitung von Infektionskrankheiten fallen dort nicht vom Himmel, sondern stehen im direkten Zusammenhang mit Gewaltausübung: Das Hungerrisiko wächst dramatisch, wo der Gewaltkonflikt mit der Vertreibung der Menschen, der Zerstörung von Land und dem gewaltsamen Tod oder der Rekrutierung der männlichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und dem schlechten Zugang der Menschen in umkämpften Gebieten zu Lebensmitteln oder humanitärer Hilfe einhergeht. Entsprechend wächst die Anfälligkeit für, wie auch die Verbreitungsgeschwindigkeit von Krankheiten und wird zudem begünstigt von der Zerstörung oder Unzugänglichkeit von medizinischer Infrastruktur durch Kriegshandlungen.

Ein solches Zusammenwirken von Krieg, Hunger und Krankheit beobachten wir besonders in der **Demokratischen Republik Kongo**. Dort herrscht seit Jahrzehnten ein blutiger und unübersichtlicher Bürgerkrieg zwischen der Regierung und verschiedenen Milizen, die sich wiederum auch gegenseitig bekämpfen. Zwischen den Konfliktparteien stehen wie immer die Zivilisten, deren Versorgungslage – mit Nahrung wie mit medizinischer Hilfe oder Präventionsmaßnahmen wie Impfungen - in manchen Landesteilen dramatisch schlecht ist. Im August vergangenen Jahres ist im Kongo auch noch die hochansteckende Infektionskrankheit Ebola ausgebrochen und hat sich erschreckend schnell verbreitet. Die Zahl der Betroffenen ist mittlerweile die zweitgrößte in der Geschichte – nur übertroffen von der

Epidemie in Westafrika, die zwischen 2014 und 2016 über 11.000 Todesopfer forderte. Unser Büroleiter im Kongo, Guido Krauss, wird zur Situation vor Ort später mehr sagen.

Die größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit spielt sich derzeit im **Jemen** ab. Nirgendwo sonst auf der Welt ist ein so großer Anteil der Bevölkerung von humanitärer Hilfe abhängig – 80 Prozent. Mehr als 20 Millionen Menschen leiden an Hunger und 18 Millionen haben keinen sicheren Zugang zu Trinkwasser oder sanitären Einrichtungen. Dadurch kann sich die Cholera immer weiter ausbreiten. Allein im ersten Halbjahr 2019 wurden fast eine halbe Million Verdachtsfälle gemeldet und damit genau so viele wie im gesamten Jahr 2018. Seit Beginn des Krieges 2015 sind mehr als 3.000 Menschen an der schweren Durchfallerkrankung gestorben. Währenddessen geht der Krieg unvermindert weiter.

Aber nicht der Krieg im Jemen mit seinen mindestens 100.000 direkten und weiteren ungezählten indirekten Gewaltopfern, sondern der schreckliche Mord an dem saudischen Journalisten Jamal Khashoggi, hat die Bundesregierung erst zur Ankündigung veranlasst, zunächst keine Waffen mehr an Saudi-Arabien, eine der wichtigsten Kriegsparteien im Jemen, verkaufen zu wollen. Seit März ist allerdings klar, dass dieser Ankündigung keine entsprechende Praxis folgt: Es wurden wieder Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Mitglieder der ‚Arabischen Allianz‘ (Saudi Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten), die seit 2015 auf Seiten der gestürzten Regierung des Jemen gegen die Huthi-Milizen kämpfen, erteilt. Deutschland ist nicht der wichtigste Waffenlieferant (USA und UK), aber trägt doch in nicht unerheblichem Umfang zur Aufrüstung der Arabischen Liga bei. Deren Bomben töteten nach Angaben der amerikanischen NGO Aced bisher mindestens 11.700 Zivilisten im Jemen. Die Bundesregierung gibt vor, nicht zu wissen, ob die mit ihrer Genehmigung exportierten Waffen von der Arabischen Liga im Krieg in Jemen eingesetzt werden.

Auf der anderen Seite hat die Bundesregierung erklärt, im laufenden Jahr 120 Millionen Euro für humanitäre Hilfe im Jemen bereitzustellen. Das macht Deutschland zu einem der wichtigsten Geldgeber für Hilfe im Land und ist für sich gesehen ausgesprochen positiv und begrüßenswert. Aber die Kombination mit Rüstungsexportgenehmigungen an Kriegsakteure erstickt die Freude über die Hilfsbereitschaft der deutschen Regierung, weil sie einen großen Zynismus offenbart: mehr humanitäre Hilfe zur Kompensation für mehr Beihilfe zum Töten. Und sie untergräbt Deutschlands Glaubwürdigkeit als diplomatischer Friedensakteur im Jemen – und weltweit.

Dieser Zickzackkurs oder diese Doppelzüngigkeit ist nicht nachvollziehbar und muss dringend beendet werden. Die Koalitionsverabredung, Waffenexporte in Kriegsgebiete zu untersagen, muss umgesetzt werden und Deutschland muss sich noch zusätzlich mit seinem gesamten diplomatischen Gewicht dafür einsetzen, dass auch seine Verbündeten keine Waffen mehr an die Kriegsparteien liefern und die humanitäre Hilfe mit mehr Mitteln ausstatten. Denn dass der Krieg im Jemen auch in der öffentlichen Wahrnehmung keine so große Rolle mehr spielt wie 2018, lässt sich auch an den internationalen Hilfszahlungen ablesen: Waren 2018 noch 80 Prozent der von den UN veranschlagten Bedarfe gedeckt, sind es in diesem Jahr nur noch etwa ein Drittel. Es fehlen mindestens 2,7 Milliarden US-Dollar. Von den auf einer Geberkonferenz im Februar zugesagten internationalen Hilfsmitteln sind bisher auch weniger als die Hälfte geflossen. Die UN müssten in den kommenden zwei Monaten 22 Lebensrettungsprogramme im Jemen schließen, wenn die Zusagen nicht eingehalten werden und das Geld nicht doch noch fließt. Da die Chance der Jemeniten, sich aus Verzweiflung einen Weg nach Europa zu bahnen, gering ist, scheint offensichtlich auch die Hilfsbereitschaft gering ausgeprägt. Es wird billigend in Kauf genommen, dass die UN die Essensrationen für 12 Mio. Menschen kürzen müssen.

Und Frieden – die einzige Lösung für eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation – ist weiter nicht in Sicht. Solange Bombardierungen aber an der Tagesordnung sind, haben humanitäre Hilfsorganisationen große Probleme, die Menschen zu erreichen, die von ihrer medizinischen und Nahrungsmittel-Hilfe abhängig sind, und müssen sogar zeitweise immer wieder ihre Arbeit einstellen - zuletzt das World Food Programme im Juni dieses Jahres. Daher fordern wir eine stimmige und konsequent für Frieden und humanitäre Hilfe eintretende Politik der Bundesregierung. Diese könnte sich deutlich glaubwürdiger für humanitäre Zugänge in das Land einsetzen, als es derzeit aufgrund der indirekten militärischen Unterstützung einer Kriegspartei möglich ist.

Wir sind froh, dass wir trotz der vielen Probleme im Juli zur Unterstützung der lokalen Partner ein eigenes Büro im Jemen eröffnen konnten, um in den kommenden Jahren einen größeren Fokus auf den Jemen zu legen, der dem immensen Bedarf an Ernährungshilfe und Prävention und Bekämpfung von lebensbedrohlichen Infektionskrankheiten gerecht wird. Dass es mit der offiziellen Registrierung geklappt hat und dass wir im Jemen helfen können, verdanken wir auch unserem Ansatz, überall auf der Welt mit lokalen Partnerorganisationen zusammenzuarbeiten.

Weiterhin bleibt unser zweiter Schwerpunkt in der Region **Syrien**. Nach über acht Jahren ist der Krieg noch immer nicht beendet, und die Schlacht um die Provinz Idlib, die viele Beobachter für die potentiell blutigste dieses Krieges halten, hat gerade erst begonnen. Wir hoffen sehr, dass diese Befürchtungen nicht eintreten und die Kriegsparteien sowie ihre lokalen und internationalen Verbündeten noch zu einer friedlichen Lösung für die Millionen Menschen in der Provinz kommen. In Idlib leben viele der Menschen, die aus Aleppo, Ost-Ghouta oder Daraa geflohen sind oder von dort weggebracht wurden. Sie gehören zu den über 6 Millionen im Land Vertriebenen, deren Lebensumstände weiterhin katastrophal sind. Auch sie leiden Hunger, auch sie leiden an Krankheiten, die nicht oder nur unzureichend behandelt werden können. In Syrien gilt das gleiche wie im Jemen oder auch im Kongo. Hunger und Krankheit sind für sich genommen dramatisch. Leiden Menschen in Kriegsgebieten daran, wird die Lage vor Ort katastrophal und Menschen sterben an chronischen (wie etwa Diabetes) oder aktuellen (wie Infektionen oder der Notwendigkeit eines Kaiserschnittes) Gesundheitsproblemen.

Vielen Dank.